Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1258

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden. Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden. Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Schriftleitung: Weimarerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechzeit nur nachmittags von 17 bis 18 Uhr.

Geschäftsstelle: Wettinerstraße 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12361. Geschäftsstunden von früh 7 Uhr bis 18 Uhr ununterbrochen.

Anzeigenpreis: [illegible] die 40 mm breite Millimeterzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.00 M., für wiederkehrende Anzeigen [illegible] Pf. und 150 Pf. [illegible] Zeilen- und Platzgebühr. Preis Mehrpf. für Wiederholungen 10 Pf. Abbestellungen 10 Pf.

Nr. 294 | Dresden, Donnerstag, den 18. Dezember 1930 | 41. Jahrgang

Die Magdeburger Versammlungsverbote

Hitler kniff lieber!

Die Nazis scheuten die geistige Auseinandersetzung

Wie gestern bereits gemeldet wurde hat der Polizeipräsident von Magdeburg die für den 18. Dezember geplanten politischen Versammlungen Hitlers und des Reichsbanners sowie alle anderen politischen Versammlungen verboten. Außerdem sind alle Kundgebungen unter freiem Himmel vom 18. Dezember bis zum 5. Januar untersagt worden.

Dieses Verbot hat eine interessante und für die NSDAP peinliche Vorgeschichte. Als die Hitler-Versammlung angekündigt wurde, ließ das Reichsbanner Magdeburg durch eine öffentliche Mitteilung die Nazis wissen, daß es an der Veranstaltung teilnehmen werde und den Reichstagsabgeordneten der Staatspartei Lüdtke als Diskussionsredner bestimmt habe. Man werde in der vom Reichsbanner geforderten Aussprache an Hitler mehrfache Fragen zu stellen haben und u. a. über den „Legalitätskurs" der Nazis und über den Verrat an Südtirol genaue Auskünfte fordern.

Nun begann die elende Drückebergerei der Hitler-Leute. Die ursprünglich angekündigte öffentliche Versammlung wurde plötzlich eine Kundgebung und schließlich nur eine geschlossene Mitgliederveranstaltung. Darauf erklärte das Reichsbanner, daß es auf der Diskussion bestehe. Es könne für die Disziplin seiner Kollegen in der Versammlung garantieren und werde sich verbalten, daß alle Möglichkeiten einer geistigen Auseinandersetzung gegeben seien. Entweder werde dem Reichsbanner die Diskussionsfreiheit gewährt oder die Versammlung finde nicht statt.

Aber der große Adolf wollte der öffentlichen Auseinandersetzung um jeden Preis ausweichen. Darauf kündigte das Reichsbanner Gegenkundgebungen an — und das führte zum Verbot der beiden Veranstaltungen. Der Feigling Hitler ließ es also lieber auf das Verbot ankommen, als daß er sich dem Reichsbanner zu einer geistigen Auseinandersetzung gestellt hätte.

Der Vorgang ist deswegen wichtig, weil es sich empfiehlt, dieses Vorgehen gegen die Nazis nicht nur auf Magdeburg zu beschränken. Es wird notwendig sein, daß das Reichsbanner und die Sozialdemokratie die Nazis bei passenden Gelegenheiten öfter zu öffentlichen Diskussionen zwingen und die Demagogen der Hitler-Bewegung in aller Oeffentlichkeit stellen. Wir beglückwünschen jedenfalls unsere Magdeburger Genossen und die Reichsbannerkameraden zu ihrem energischen Verhalten.

Verbot des Waffentragens

D. **Berlin**, 18. Dezember. (Eig. Funkspruch.) Der Reichsminister des Innern hat dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes wegen Waffenmißbrauches zugehen lassen, dessen wesentliche Bestimmungen wie folgt lauten:

„Wer außerhalb seiner Wohnung, seiner Geschäftsräume oder seines befriedeten Besitztums eine Waffe führt, die ihrer Natur nach dazu bestimmt ist, durch Hieb, Stoß oder Stich Verletzungen beizubringen (Hieb- oder Stoßwaffen) wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr, wenn mildernde Umstände vorliegen mit Geld bestraft. Wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft."

Weihnachtsgeschenk für die Eisenbahner

25 000 Arbeiter von Entlassung bedroht

Es ist nicht das erstemal, daß die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft einen Teil ihrer Arbeiter um Weihnachten herum mit Entlassung beglückt. Die Ueberraschung, die die Hauptverwaltung aber jetzt vorhat, muß den Protest des gesamten deutschen Volkes herausfordern. 25 000 Arbeiter sollen zum 1. Januar auf die Straße gesetzt werden. Dabei handelt es sich in einer Linie um Arbeiter, die der Reichsbahn zum Teil jahrzehntelang ihre Arbeitskraft geopfert haben.

Seit dem Monat Mai dieses Jahres stehen die Gewerkschaften der Eisenbahner mit der Hauptverwaltung in Verhandlungen, um eine Beseitigung der Ueberzeit zu erreichen, um eine Beseitigung der Ueberzeit zu erreichen und die achtstündige Arbeitszeit für den Betrieb festzustellen und die achtstündige Arbeitszeit für den Betrieb festzustellen. Von Anfang an haben die Vertreter der Gewerkschaften auf einen Lohnausgleich verzichtet. Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat hingegen

jeder Verkürzung der Arbeitszeit den größten Widerstand entgegengesetzt.

Am Freitag der vergangenen Woche gelang es nur mit Mühe und Not, durch einen Teilschiedsspruch für einzelne Dienstzweige eine kleine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Die Entscheidung betraf die Arbeitszeit für einen ganz beträchtlichen Teil der Belegschaft. Leider vertagte die Schlichtungskammer auf den Monat Januar, weil der Widerstand der Vertreter der Hauptverwaltung zu groß war. Nun kommt die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft mit dem Gewerkschaften [illegible] Lohnpause, es waren in den Reparaturwerken schon Arbeiter und in der Bahnunterhaltung [illegible] Arbeiter zuviel vorhanden. Würden die Vertreter der Gewerkschaften nicht unmittelbar einem Feierschichtenabkommen, nach dem die Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter in dem ersten Vierteljahr 1931 eine Feierschicht in der Woche zu übernehmen hätten, ohne Zustimmung geben, so müßten bis zum 1. Januar 1931 [illegible] Arbeiter entlassen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich grundsätzlich bereit, über ein Feierschichtenabkommen zu verhandeln, betonten aber, daß

erst die Ueberzeitarbeit in den übrigen strittigen Dienstzweigen beseitigt werden müsse.

Hierdurch könnten rund 10 000 Arbeiter mehr beschäftigt werden, ohne daß ein Pfennig mehr an Lohnausgaben entstehe. Im übrigen könne einem Feierschichtenabkommen in dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Umfang nicht zugestimmt werden, weil schon viele Arbeiter der Reichsbahn bei 6 Schichten in der Woche mit ihrem Lohn weit unter dem Existenzminimum liegen.

Die Verwaltung erklärte daraufhin die Verhandlungen für gescheitert und wandte sich an das Reichsarbeitsministerium mit der Bitte um Vermittlung. Infolgedessen wurden die Verhandlungen am Mittwoch unter dem Vorsitz des Ministerialdirigenten Dr. Mewes fortgesetzt. Aber auch die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium blieben erfolglos, trotz abermaligem sehr weitem Entgegenkommen der Gewerkschaften. Durch die dem Reichsarbeitsminister von den Gewerkschaften gemachten Vorschläge allein wäre es schon möglich gewesen,

für rund 20 000 Arbeiter die Entlassung zu verhindern.

Die Vertreter der Verwaltung beharrten aber trotzig und hartherzig auf ihrem Standpunkt, der darauf hinzielt, unbekümmert um die Ueberzeitarbeit im Betriebs- und Verkehrsdienst für die Werkstätten- und Bahnunterhaltungsarbeiter jede Woche eine Feierschicht einzulegen.

Es ist jetzt damit zu rechnen, daß die Hauptverwaltung einigen Zehntausenden von Arbeitern das Arbeitsverhältnis aufkündigt. Sollte das wirklich der Fall sein, dann muß der Reichsarbeitsminister unter allen Umständen von seinem Aufsichtsrecht Gebrauch machen, denn was die Reichsbahn vorhat, kann unter keinen Umständen hingenommen werden. Das größte Reichsunternehmen darf nicht Zehntausende von Arbeitern auf die Straße setzen, ohne daß dafür ein sichtbarer begründeter Anlaß vorhanden ist.

Die Nachverhandlungen über den zweiten Teil des Arbeitszeitschiedsspruchs für die Reichsbahn finden voraussichtlich am kommenden Montag statt.

Die Weltnot

OTTO BRAUN

über Demokratie, Diktatur und kapitalistische Anarchie

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun sprach am Mittwoch abend auf der Deutschen Welle über das Thema: „Ist die Demokratie erschüttert?" Braun führte u. a. aus:

Die Entwicklung hat leider den Gedanken der Demokratie bei uns zum Teil in sein Gegenteil verkehrt und den Parlamentarismus im Volke entwertet. Das Volk versteht nicht mehr den Sinn dieser endlosen Parlamentskomödien und Verhandlungen um Regierungsprogramme, weil es sieht, daß dabei nichts Positives herauskommt, und es zweifelt an der Möglichkeit, auf diesem Wege überhaupt weiterzukommen. Demgegenüber muß mit aller Schärfe und Deutlichkeit gesagt werden, nicht die Demokratie, nicht der Gedanke, daß ein Volk aus freier politischer Entschließung Vertreter wählt, die dann die politischen Geschicke der Gesamtheit lenken sollen, haben versagt. Versagt hat bei uns lediglich ein erheblicher Teil der deutschen Menschen, weil er der Verantwortung, die plötzlich auf jenen Schultern lag, noch nicht gewachsen war und mit dem Parlamentarismus daher noch nichts Rechtes beginnen konnte. Sodann aber wird systematisch am Untergange des Parlamentarismus dadurch gearbeitet, daß Männer und Parteien in das Parlament hineingehen, die geschworene Todfeinde des parlamentarischen Systems, der Selbstregierung des Volkes, sind und deshalb um jeden Preis die Verhandlungen des Parlaments durch ihr Verhalten in den Augen des Volkes diskreditieren wollen. Mit dem jetzigen Parlament, verfälscht in seiner Wesensart durch Interessenvertreter ohne verantwortliche Bindung gegenüber dem Allgemeininteresse und gestört durch Parteien, die

das Chaos und den Bürgerkrieg

als Mittel zur Heilung der Not des deutschen Volkes anziehen, kann man leider diese Aufgabe nicht erfüllen. So muß eine Reichsregierung, die nicht gegenüber den entfesselten Leidenschaften und nackten Interessenvertretungen versagen darf, sondern wirklich im Namen des Volkes und zu seiner Selbstbewahrung vor politischem Irrsinn und moralischem Zerfall regieren will, zu außergewöhnlichen Maßnahmen greifen.

Kein Diktator kann uns retten. Würde Deutschland sich heute in einem Irrsinnstaumel einem Diktator etwa von der Art des Herrn Hitler in die Arme wird wäre damit gewonnen? Zwei Möglichkeiten gibt es nur: entweder Herr Hitler hielt als Diktator das, was er und seine Leute Tag für Tag in unzähligen Versammlungen den Massen versprechen, um sie um jeden Preis als Anhänger zu gewinnen. Dann wurde mit einem Schlage das Vertrauen, das Deutschlands wirtschaftliche Arbeit und Kraft heute immer noch in der Welt besitzt, und das wir verscherzt wollen, zum Teufel sein. Die gewaltigen bei uns arbeitenden, im Vertrauen auf die Aufrechterhaltung der Ordnung in Deutschland gegebenen ausländischen Kredite würden kündigend zurückgezogen. Milliarden strömten ab. Die Banken waren dadurch gezwungen, um diese katastrophale Geldverschiebung wenigstens zum Teil, zur Verhütung ihrer eigenen Zahlungsunfähigkeit, abzuwenden, sofort Hals über Kopf die an ihre Kundschaft gegebenen Kredite zu kündigen. Große Industrieunternehmungen konnten nicht einmal mehr die nächste Lohnzahlung vornehmen. Riesenhafte Arbeiterentlassungen waren die erste Folge. Zusammenbrüche der mittleren, kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden wurden in ganz Deutschland in noch nie dagewesenem Maße eintreten. Selbst ein Moratorium weitest gehender Art konnte bei dem völligen Schwinden jedes Vertrauens und bei dem Aufhören der weltwirtschaftlichen Beziehungen zu dem bis aufs äußerste zerrüttet gewordenen Ausland nur ein Palliativmittelchen, aber kein Schutz vor der Katastrophe sein.

Außenpolitische Schwierigkeiten ohne Ende würden folgen, und im Innern des Landes würden Bürgerkrieg und Hungerrevolten das ihrige tun, um unser Vaterland explosionsartig auseinanderzusprengen und die einzelnen Teile

Das politische Warenhaus

Alles versprechen — nichts halten!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19301218/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG